

Kosmopolitismus und Gewalt

Fragen an die Weltinnenpolitik mit Blick auf Vertreibung,
Landgrabbing und die Kämpfe der Subalternen

THORE PRIEN

Millionen Menschen in den Ländern des globalen Südens sehen sich gegenwärtig bedroht, gewaltsam aus ihrem Land vertrieben zu werden. Wiewohl unmittelbare Gewalt von Militär und Polizei der jeweiligen Staaten ausgeht, können doch das Ausmaß und die Gründe der Gewalt nur durch die Interdependenzen der internationalen Arbeitsteilung hindurch sichtbar werden. Denn das Land wird durch die Vertreibungen vom angestammten Gebrauch kleinbäuerlichen Gemeinschaftsnutzens frei gemacht, da es Konzernen, Investmentfonds und anderen Staaten mittels langjähriger Pachtverträge überlassen wurde.

Die inter- und transnationalen Verstrickungen in Vertreibungen und Landgrabbing führen noch einmal vor Augen, wie weit der Sinn der Demokratie über die Verwirklichung nationalstaatlich verfasster Bürgerrechte hinausgreift und rücken dabei gleichzeitig schmerzhaft ins Bewusstsein, wie spärlich die Spuren sind, die ein gleichwohl vorhandenes global geteiltes normatives Selbstverständnis in den politischen Operationen der Weltgesellschaft hinterlässt. Einzig die sozialen Kämpfe der Subalternen, die sich in der weltweit artikulierten Forderung nach Ernährungssouveränität zusammenschließen, geben dieser Gewalt eine weltgesellschaftlich organisierte Antwort im Sinne demokratischer Emanzipation. Landlose und Kleinbäuer_innen aus südamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Ländern bauen damit auf den Fortschritt des Menschenrechtsbewusstseins und bringen die Forderung nach sozialen Menschenrechten in Stellung, um den Kampf um das Land doch noch zum Erfolg zu führen (vgl. Bello, 2010 169ff; Moyo/Yeros 2005).

Um der hier noch einmal deutlich hervortretenden Diskrepanz zwischen noch nie erreichtem Bewusstsein für die notwendige Inklusion aller Menschen in den Zuständigkeitsbereich der Demokratie und der faktischen Brutalität der Weltgesellschaft zu begegnen, hat Jürgen Habermas in mehreren Beiträgen unter dem anregend paradoxen Stichwort einer anzustrebenden Weltinnenpolitik die Möglichkeit einer "kosmopolitischen Verbindung von Weltbürgern" (Habermas 2011, 87) in den Blick genommen. Sollte überhaupt je eine demokratische Bändigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse möglich werden, dann, so der Kern der weltinnenpolitischen Idee, durch die verfahrensmäßig gesicherte Solidarität einer *Weltbürgergemeinschaft*, die es den Mühseligen und Beladenen der Weltgesellschaft ermöglicht, sich selbst als Teil einer herrschaftsbegründenden Demokratie zu sehen. Von hier aus können dann Akteure benannt werden, die noch einmal ein demokratisches Projekt jenseits der Staaten in Szene setzen, mit dem die Idee der Volkssouveränität sich in erweiterten Formen umsetzen lässt.

Aus Sicht der materialistischen Theorie¹ gleiten jedoch die Argumente einer so vorgestellten Weltinnenpolitik über die wahren Ursachen der Verhältnisse hinweg und lassen die daraus resultierenden faktischen sozialen Kämpfe unterbelichtet. Seit Marx' ätzender Kritik an den gesellschaftlichen Grundlagen von Freiheit und Gleichheit (vgl. Marx 1984, 189ff.) ist für sie ein Nachdenken über Emanzipation und Selbstbestimmung nur über die Entwicklung der aus der Differenz von Kapital und Arbeit entspringenden Widersprüche möglich. Aus dieser Warte droht die kosmopolitische Weltinnenpolitik weit hinter dem Anspruch emanzipatorischer Theoriebildung zurück zu bleiben, sieht sie doch als Handlungsspielraum angesichts des Scheiterns anderer Organisationsprinzipien nur „eine Zivilisierung und Zähmung der kapitalistischen Dynamik von innen“ (Habermas 2011b, 102). Die Zweifel einer materialistischen Position münden dagegen in dem Verdacht, dass Politik, die sich auf Zähmung des Kapitalismus beschränkt, weiterhin bloßer Spielball der Bewegung des Kapitals bleibt.

Ich will im Folgenden einem so gefassten Einwand gegen die Weltinnenpolitik nachgehen, indem ich am Fall der gegenwärtigen Vertreibungen den Nexus von Gewalt und Kapitalismus in den aktuellen Verhältnissen der Weltge-

1 Im Folgenden bezeichne ich alle Theoretiker_innen als Vertreter_innen materialistischer Gesellschaftstheorie, die einen engen Bezug zum Widerspruch von Kapital und Arbeit, der evolutionären Schrittmacher-Rolle von Klassenkämpfen und der Werttheorie aufrecht erhalten und Habermas, gegen den sich diese materialistische Theorie dann absetzen soll, als „Habermas“. Dies wohl um den Umstand wissend, dass auch Habermas mit guten Gründen als Vertreter materialistischer Theoriebildung bezeichnet werden kann – wie im späteren auch deutlich wird.

sellschaft nachzeichne. Aus materialistischer Sicht zeigt sich hier die „*Irreduzibilität des Phänomens extremer Gewalt*“ als strukturelle Determinante des Kapitalismus“ (Balibar 2001, 1287, Herv. i.O.). Vor diesem Hintergrund müssten Überlegungen zu einer global wirksamen Demokratie sich an die Frage halten, wie soziale Bewegungen und Klassenkämpfe in der Abwehr der gewaltsamen Konstitution der Weltgesellschaft ein demokratisches Projekt entwerfen. Für die Möglichkeit der Demokratie der Weltgesellschaft ist daher nicht die in dem so eingeführtem Streit zwischen Weltinnenpolitik und materialistischer Theorie verhandelte Entscheidung zwischen einem „radikalen Reformismus“ (Habermas 1971a, 37) und Revolution maßgeblich, sondern die Frage an die Theorien, „ob sie ihrer Struktur nach auf mögliche Emanzipationen bezogen sind oder nicht“ (Habermas 1971a, 37).

Ich will, um die Weltinnenpolitik an dieser Frage zu messen, vorbereitend zunächst einige Hinweise für eine materialistische Lesart von Gewalt geben, mit der die aktuellen Vertreibungen beschrieben werden können (I). Die Weltinnenpolitik werde ich danach zunächst in ihrer Abgrenzung gegenüber dem aus ihrer Sicht zu eng gefassten materialistischen Rahmen diskutieren, um aber sogleich die Kritik ihrer Auslassungen zu benennen (II). Die eigentlichen Gründe für diese Auslassungen rühren, so will ich danach zeigen, von Konsequenzen, die Habermas' Interpretation des Historischen Materialismus und des Spätkapitalismus mit sich bringt. Diese hoch ambivalente Lesart sozialer Evolution führt unter der Hand auch bei den Überlegungen zur Weltinnenpolitik die Feder (III). Die Frage, die ich am Ende nur noch stellen, nicht aber beantworten kann, ist die, ob nicht mit der Kritik an der Weltinnenpolitik der Blick auf Weichenstellungen innerhalb der Habermasschen Theorie frei gegeben wird, deren Korrektur die eigentliche Intention Habermas' aber überlebt, um diese für die materialistische Theorie neu in Anspruch zu nehmen. Können, so spitzt sich diese Frage mit Blick auf die gewaltsamen Vertreibungen zu, die Kämpfe der Subalternen nicht doch im Lichte von Habermas' Ansatz noch einmal anders beschrieben werden? (IV).

I.

Die tagtägliche Bedrohung durch das Landgrabbing lässt sich etwa an Berichten ablesen, nach denen in den letzten Jahren in der äthiopischen Gambella-Provinz 70 000 Menschen zwangsweise umgesiedelt wurden, um das Land für kommerzielle Agrarinvestitionen zu räumen (vgl. Human Rights Watch 2012). Während sich solche Fälle gewaltsamer Umsiedlungen in mehreren afrikanischen,

asiatischen und lateinamerikanischen Ländern nachweisen lassen, die mal für den Investitionsbedarf transnational operierender Konzerne, mal für die Bedürfnisse von Investmentfonds und schließlich für die Absicherung der Nahrung von Drittstaaten von ihrem Land vertrieben werden (vgl. Fritz 2009, Prien 2010), berichten viele Dorfgemeinschaften zudem von falschen Versprechungen seitens ihrer Regierungen für die Bereitschaft angestammtes Land zu verlassen (vgl. Liberti 2012).²

Die Vorbereitung für das Investitionsklima geschieht durch eine neoliberalen Vorgaben folgende Politik der Institutionen der Global Governance, allen voran der Weltbank und des IWF (vgl. Anghi 2005, 245ff.), die seit den 1980er Jahren darauf drängen, gemeinschaftsrechtlich genutzte Böden in Privateigentum zu verwandeln. Die 90 Prozent der Fläche des afrikanischen Ackerlandes, die als Allmende von den in dörflichen Gemeinschaften organisierten Kleinbäuer_innen genutzt werden, bilden für sie das Potential für einen privatisierten Landmarkt (vgl. Hoering 2007, 83).

Es scheint, als halte die materialistische Theorie für die Einordnung solchen Geschehens seit jeher den Rahmen bereit: Vertreibung, Betrug, Überführung von Gemeineigentum in Privateigentum – die Anknüpfung an die dichten Beschreibungen aus dem Kapitel des ersten Bandes des Kapitals zur sogenannten ursprünglichen Akkumulation, mit denen Marx die „Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise“ (Marx 1984, 742) analysiert, liegt auf der Hand (vgl. Harvey 2005, 142ff.). Der „stumme Zwang der Verhältnisse“ (Marx 1984, 765) ist überhaupt nur möglich durch eine vorherige Periode, in der äußerst brutal die Bedingungen für freigesetzte Arbeit und Privateigentum erst geschaffen werden. Neben dieser intimen Verknüpfung von Produktionsweise und Gewalt im inneren Kernland des Kapitalismus stellt sich die „Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära“ erst durch „brutalste Gewalt“ (Marx 1984, 779), nämlich mit der Ausplünderung der Menschen Südamerikas, Indiens und Afrikas (Marx 1984, 779ff.) ein. Die koloniale Umwandlung anderer Rechtsformen in Privateigentum und die Schaffung der als Ware zugänglichen Arbeitskraft ist von der Gewalt als „Geburtshelfer“ (Marx 1984, 779) dieser Transformation abhängig.

Freilich, das zeigt der Verweis auf eine „Vorgeschichte“, weist Marx der Gewalt, die er gerade erst für die Entstehung der ihm vor Augen stehenden Wirtschaftsordnung als entscheidend herangezogen hatte, einen eher nachrangigen

2 Einen sehr guten, ständig aktualisierten Überblick über die Geschehnisse des Landgrabbing bieten die Internetauftritte der NGO's GRAIN, FIAN und die vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) betriebene Seite www.landgrabbing.de.

Status zu. Das Thema des Kapitals, eine durch die Institution der doppelt freien Arbeit angetriebene innere Dialektik, die den Kapitalismus in immer neue Krisen getrieben sieht, verleitet Marx zu einer Pointierung vermeintlicher kapitalistischer Normalität, hinter der Ausplünderung und Vertreibung trotz ihrer vorge-schichtlichen Unverzichtbarkeit zurücktreten, da eine erfolgreiche Entwicklung des Kapitalismus diese zumindest im Kernland wieder abschüttelt. Während so die Erklärung extremer Gewalt im Innern im von Marx angenommenen Gang des Kapitalismus Fragen der Disziplinierung der Arbeiter_innen und der häuslichen Reproduktion weicht, verliert die koloniale Gewalt gegenüber den nichtkapitalistischen Außen in Marx' Überlegungen gewiss nichts von ihren Schrecken. Doch gleichzeitig verweist die teleologisch motivierte Änderungserwartung, die Marx etwa in den viel zitierten Artikeln zu Indien ausdrückt (vgl. Marx 1972a, 1972b), auf ein tief ambivalentes Verhältnis zur Gewalt des Kolonialismus.³

Rosa Luxemburg ist, wenn auch um den Preis einer schwer haltbaren starken Unterkonsumtions-Krisentheorie (vgl. Brewer 1990, 58ff.), eine produktive Auflösung dieser Ambivalenz zu verdanken. Luxemburg verbindet die Analyse zweier Seiten der Kapitalakkumulation, einerseits die dem Wertgesetz gehorchende Akkumulation als „rein ökonomischer Prozess“ und auf der anderen Seite die gewaltsame, sich auf der „Weltbühne“ abspielende Akkumulation, die „ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung“ (Luxemburg 1990, 397) zum Mittel der Akkumulation macht. Daher, so ist sich Luxemburg sicher, sei „politische Gewalt auch hier nur ein Vehikel des ökonomischen Prozesses“ (Luxemburg 1990, 398). Beide Seiten der Akkumulation sind nicht voneinander zu trennen, sondern „durch die Reproduktionsbedingungen des Kapitals selbst organisch miteinander verknüpft“ (Luxemburg 1990, 398).

Luxemburgs Intervention zeigt auf, wie kapitalistische Reproduktion notwendig einer ständigen, nicht lediglich vorgeschichtlichen oder „ursprünglichen“, Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2005) bedarf. Ich kann hier nicht versuchen, den dramatischen, aber noch immer unklaren Folgen dieser Korrektur einer vorgeblichen kapitalistischen Normalität, die lange die materialistische Theoriebildung dominiert hat, weiter nachzugehen, sondern muss es bei Hinweisen belassen, die der Zusammensetzung der Arbeit und der räumlichen Konstituierung einer kapitalistisch organisierten Weltgesellschaft gelten. So rücken die Wechselbeziehungen verschiedener Formen abhängiger Arbeit in den Mittelpunkt, was für das Verständnis der Produktionsweise den Rückzug auf eine bestimmte Normalform von Arbeit und Akkumulation nicht erlaubt, son-

3 Die Ambivalenzen der Marxschen Haltung gegenüber dem Kolonialismus finden sich sehr gut nachgewiesen bei Wielenga (2004).

dern ein besseres Verständnis der Interdependenzen der internationalen Arbeitsteilung herausfordert:

„Undoubtly, ‘norms’ of functioning of the capitalist mode of production do exist, but each includes a constellation of logical and historical ‘exceptions’ that are part of their conditions of possibility and operate as a reserve of options that can always be realized“ (Mezzadra 2011, 307).

Die Konsequenzen sind zum einen darin zu sehen, dass der Begriff des Proletariats sich vom weißen, männlichen Industrieproletariat löst und seine Gestalt eher durch die Einsprüche der in den Widersprüchen des Kapitalismus existentiell bedrohten Subalternen erhält. Die Geschichte der Arbeit ist genauso gespeist aus den postkolonialen Erzählungen (Mezzadra 2011) und lässt jeweils verschiedene Proteste für ein fragmentiertes Klassenbewusstsein vielfältiger globaler Subalternität aktuell werden.⁴

Diese veränderte Geschichte der Arbeit verweist zudem auf die Geografie des Kapitalismus. David Harvey hat hier mit den Untersuchungen zu spatial fixes, deren sich der Kapitalismus zur Schlichtung seiner krisenhaften Akkumulationssucht bedient, eine eindrucksvolle Heuristik vorgelegt (Harvey 2001; 2005; 2006). In nuce läuft die Annahme eines spatial fix darauf hinaus, dass die Akkumulationssucht des Kapitals eine Geografie der ungleichen Entwicklung antreibt: Überakkumulationskrisen provozieren eine zeitliche und räumliche Neubindung des Kapitals, etwa durch Investitionen in Infrastruktur in je anderen Regionen der Weltgesellschaft, womit der Überakkumulation abgeholfen werden kann – was immer nur eine Zeit lang gelingt und so die Krisen weiter voran treibt.

Im Landgrabbing sind sowohl diese Geografie der ungleichen Entwicklung als auch die Wirkung einer postkolonial geänderten Zusammensetzung der Arbeit deutlich sichtbar: Die langjährigen Pachtverträge, die Investitionen in eine auf Cash Crops und Export ausgerichtete Landwirtschaft und schließlich die Fixierung überschüssigen Kapitals durch auf Landgrabbing ausgerichtete Investmentfonds entsprechen recht präzise der Annahme eines spatial fix, während sich Folgen für die Subalternen, die nun die Seite der „Arbeit“ innerhalb der alten Kapital/Arbeit – Dichotomie einnehmen, darin zeigen, dass die Investitionen im Zeichen des spatial fix die nachhaltige, nichtkapitalistische Wirtschaftsweise der Kleinbäuer_innen zu zerstören droht.

4 Für das veränderte Verständnis der Geschichte der Arbeit siehe jetzt die Beiträge in van der Linden/Roth (2009)!

Subalterne Kämpfe um Landrechte und Ernährungssouveränität müssen dabei nicht hinter anderen „proletarischen“ Artikulationen zurücktreten. Denn es sind die ländlichen Gebiete, die die Hauptlast der neoliberalen strukturellen Anpassungsprogramme des IWF zu tragen hatten und in denen der Widerspruch neoliberaler Hegemoniebildung zwischen Freiheit und Zwang ausgetragen wird (Moyo/Yeros 2005) und heute ist es gerade die internationale Bauernbewegung, die „die eigenen Klasseninteressen aktiv mit den allgemeinen Interessen der Gesellschaft“ (Bello 2010, 20) verbindet. Gewiss, die Widersprüche kapitalistischer Lohnarbeit, die das industrielle Proletariat nicht zuletzt durch eine permanente Streikdrohung für sich nutzen konnte, lassen sich in dieser Klarheit, die sich auch in werttheoretischer Begründbarkeit widerspiegelt, bei den subalternen Gruppen nicht finden. Dennoch lassen sich die Kämpfe der Subalternen als angetrieben von Widersprüchen denken, die jedoch eher normativ zu verstehen sind: Der Legitimierungsversuch der hegemonialen Ordnung des Neoliberalismus lebt seit jeher vom Versprechen der individuellen Freiheit, die für die Subalternen des globalen Südens als Folge von Wachstum immer wieder neu nur in Aussicht gestellt wird. Das Landgrabbing scheint nun diese Legitimationsversuche, die noch die größten den Menschen aufgezwungenen Entbehrungen etwa durch die Strukturellen Anpassungsprogramme überlebten, endgültig zu desavouieren. Dass die jahrzehntelange Verpachtung von Land, die das Ergebnis der neoliberalen Kommodifizierungsstrategie darstellt, sich tatsächlich für die Menschen der betroffenen Regionen als Gewinn entpuppt, wird kaum noch ernsthaft angenommen (vgl. Pearce 2012).

Doch tritt dieser Widerspruch, anders als Widersprüche, die Krisen der Ökonomie erklären, erst mit den normativ begründbaren Forderungen der Subalternen überhaupt zu Tage. Aufgabe der materialistischen Theorie muss es nun sein, das Interesse der Kämpfe der Subalternen mit den strukturellen Bedingungen der Weltgesellschaft zu vermitteln.

Gleichzeitig bleibt aber gerade mit dem Bezug auf die ökonomisch dominierte, materialistische Erklärung der Kämpfe, sei es durch eine Geografie des Kapitalismus, sei es durch die vom Arbeitsparadigma konstituierte Neufassung von Proletariat und Subalternen, die immergrüne Frage nach dem Verhältnis von Determinismus und subjektivem Faktor sozialer Kämpfe der Subaltern aktuell. Wenn man einmal diese Frage im gerade angeführten Konflikt von Werttheorie und normativer Begründung anhand der Unterscheidung von Sozial- und Systemintegration an die materialistische Theorie heranträgt (vgl. Benhabib 1986), dann wird die Gefahr deutlich, dass mit der so gefassten Erklärung des Protests eine einseitige Lesart sozialer Kämpfe im Lichte der Systemintegration geschieht. Der Protest ist hier Reaktion gegen objektiv angebbare systemische

Imperative und deren Übersetzung in Hegemonie und Ideologie. Ausgeblendet bleibt aber jene Dimension des Protests, die im Zuge der Sozialintegration als „normengeleitetes, sinnvolles Handeln“ (Offe 1979, 313) verstanden werden kann und die auch auf Ebene der Weltgesellschaft verallgemeinerbare, begründbare Normen einfordert.

II.

Das sich mit dem Landgrabbing abzeichnende Bild einer Dominanz brutaler Kapitalverwertung ist ebenso der Ausgangspunkt für die Problemstellung von Habermas' Überlegungen zur Weltinnenpolitik. Nicht anders als die gerade angeführten materialistischen Erklärungsansätze will die Weltinnenpolitik ausloten, wie die aus dem kapitalistischen Organisationsprinzip sich herstellende massive Ungleichheit der Weltgesellschaft praktisch überwunden werden kann. Es geht ihr darum, die normativen und gesellschaftstheoretischen Bedingungen herauszuarbeiten, auf deren Grundlage die extreme Ungleichheit, die erst eine fehlende politische Regulierung ermöglichte, doch noch einmal im Zeichen einer weltbürgerlichen Solidarität zu überwinden. Nicht anders auch als die materialistische Theorie sieht die Weltinnenpolitik möglichen Fortschritt dabei erkämpft als „Nebenfolgen von Klassenkämpfen, imperialistischen Eroberungen und kolonialen Gräueln“ (Habermas 2011a, 47).

Der Unterschied zu den materialistischen Überlegungen liegt in der Einschätzung der Bedingung der Möglichkeit einer sozialen Integration der Weltgesellschaft. Während die materialistische Theorie die systemische Integration durch die Bewegung des Kapitals in den Vordergrund stellt, um von hier aus die Klassenkämpfe zu analysieren, will Habermas eine potentiell kosmopolitisch wirksame soziale Integration als Vorbedingung für die Weltinnenpolitik stark machen. Materialistische Theorie, so lässt sich die mögliche Antwort der Weltinnenpolitik im eingangs eingeführten Streit auch lesen, beschneidet sich allzu leichtfertig die Möglichkeit, den Klassenkämpfen der Weltgesellschaft auch in der Dimension sozialer Integration zu ihrem Recht zu verhelfen.

Diese Bedingung emanzipatorischer Politik stellt Habermas mit der Weltinnenpolitik in zwei miteinander verwobenen Dimensionen heraus. Zum einen sieht er in der Weltgesellschaft die Voraussetzungen einer Dezentrierung der bisher unter dem Phänomenen staatlicher Fragmentierung ausgebildeter Lebenswelten angelegt, die zu einem Bewusstseinswandel hin zur Binnenperspektive des Kosmopolitismus führen könnte. Zum anderem kann gerade die Erschöpfung eingespielter Politiken, die sich angesichts einer tatsächlichen oder

gefühlten Machtlosigkeit der parlamentarischen Demokratien der Nationalstaaten ergibt, einen institutionellen Wandel hin zu einer demokratisch organisierten Weltgesellschaft anstoßen.

Die mögliche Dezentrierung der Bürgerschaft hin zu einer Weltbürgergemeinschaft (Habermas 2011a, 86f.) kann ihren Ausgang, angetrieben durch das Völkerrecht einer postwestfälischen Staatenordnung, durch den „Gleichklang der moralischen Entrüstung über massive Menschenrechtsverstöße“ (Habermas 2004, 176) nehmen. Die Reaktionen auf Menschenrechtsverletzungen statet eine im Entstehen begriffene Weltöffentlichkeit mit einer kritischen Funktion aus, die immerhin Ansätze einer weltbürgerlichen Solidarität verspricht, die sich zudem noch erweitern könnte, da „die einstmals unabhängigen Akteure“ über „alltägliche Erfahrungen der wachsenden Interdependenzen [...] neue Rollen“ (Habermas 2004, 176) erlernen.

Doch nicht allein die schmale Basis des bislang auf die Durchsetzung der negativen Menschenrechte eingeordneten Völkerrechts ist grundlegend für die Dezentrierung. Die Einsicht in die wachsenden, die Regelungskompetenz der einzelnen Staaten überfordernden Probleme der Umwelt, des Klimas und der krisenhaft konstituierten kapitalistischen Wirtschaft geben weitere Anlässe, die zu Perspektivenwechsel und zur Übernahme einer kosmopolitischen Binnenperspektive drängen (Habermas 2011, 83) und für die sich mit den globalen sozialen Rechten und der Finanztransaktionssteuer Regelungsmöglichkeiten immerhin abzuzeichnen beginnen.

Diese Dimension der Dezentrierung in der Weltinnenpolitik erinnert mit dem Aufzeigen der Möglichkeit der im Individuum verankerten Lernprozesse an jenen Teil des „Kreisprozess(es)“ sozialer Evolution, den Habermas lange zuvor in seiner Rekonstruktion des Historischen Materialismus zwischen „gesellschaftlichen und individuellen Lernvorgängen“ (Habermas 1976a, 36) ausmacht. Dieser Prozess der Dezentrierung der Weltbilder bleibt nicht auf einen kognitiven Wandel beschränkt, sondern stößt eine institutionelle Ausgestaltung an, in der sich diese Dezentrierung widerspiegelt. Denn „erst wenn ein institutioneller Rahmen entstanden ist, können die bis dahin ungelösten Systemprobleme mit Hilfe des angesammelten kognitiven Potentials bearbeitet werden“ (Habermas 1976c, 162).⁵

5 Diesen engen Zusammenhang von Lernprozessen und Institutionen gibt Habermas später in der Theorie Kommunikativen Handelns mit der Annahme wieder, „daß in der sozialen Evolution höhere Integrationsniveaus nicht etabliert werden können, bevor sich nicht Rechtsinstitutionen herausgebildet haben, in denen ein moralisches Bewußtsein der konventionellen bzw. der postkonventionellen Stufe verkörpert ist“ (Habermas 1981, 261).

Für die Weltinnenpolitik bedeutet dieser Kreislauf individueller und gesellschaftlicher Lernprozesse: Solange die Dezentrierungen weltgesellschaftlicher Lebenswelten nicht von einem ebenso dezentrierten Äquivalent des Staatsorganisationsrechts getragen werden, behalten alle angestrebten Weltverfassungsentwürfe die Gestalt von „zu weit geschneiderten Mänteln, die mit stärkeren organisationsrechtlichen Körpern erst noch ausgefüllt werden müssen“ (Habermas 2004, 132). Habermas regt daher institutionelle Reformen an, die die vollzogenen Dezentrierungsprozesse einmal abbilden könnten. Es geht ihm dabei um ein gelungenes institutionelles Arrangement, das von der demokratischen Konstitutionalisierung des Völkerrechts ausgeht, dazu von Europa als erster demokratisch gelungener Verbindung von Nationalstaaten lernen kann und zudem die vorhandenen Strukturen der UNO aufnimmt, um diese demokratisch zu reformieren (vgl. Habermas 1998a; 2001; 2004; 2005; 2011a).

Der konstruktive Gehalt dieser institutionellen Reformvorschläge kann aber nicht über die Frage hinweg helfen, welche Interessen es sind, die Schrittmacher der Reformen sein sollen. Auch wenn Habermas betont, dass die „ersten Adressaten“ der „Reregulierung der Weltgesellschaft [...] Bürger und Bürgerbewegungen“ (Habermas 1998, 168) seien, so zeigt sich die problematische Fassung der Dichotomie von Lernprozessen und Institutionen darin, dass die Lernprozesse der auf Gelingen geeichten Institutionalisierung zu folgen gezwungen sind. Habermas' These „soziale Bewegungen kristallisieren sich erst, wenn sich für die Bearbeitung von Konflikten, die als ausweglos empfunden werden, normativ befriedigende Perspektiven öffnen“ (Habermas 1998a, 168), entbehrt nämlich nicht einer gewissen Ambivalenz: Protestbewegung und Klassenkämpfe eröffnen sich *selbst* die normative Perspektive durch die Negation bestehender Verhältnisse. In Habermas' Weltinnenpolitik hat es dagegen den Anschein, dass die sozialen Bewegungen, die in der Weltbürgerschaft aufgehen, lediglich den normativen Perspektiven *folgen*, die bereits institutionalisierte Legitimationsflüsse bereitstellen. Der Lernprozess der Bürger hin zur weltbürgerlichen Dezentrierung soll sich nämlich „im Medium der *begleitenden* Diskurse“ vollziehen, die sich auf das von *politischen Eliten* gesetzte Recht konzentrieren. Das Gelingen der Weltinnenpolitik hängt dann davon ab, dass diese Eliten Recht setzen, dass „die Bewusstseinsveränderung, die sie bei den Adressaten erst im Laufe einer stufenweisen Implementierung auslöst [...] *antizipiert*“ (Habermas 2005, 333; Herv.i.O.).

Natürlich kann die Kritik an der Weltinnenpolitik nicht ohne jeden Bezug auf bestehende Institutionen auskommen und so eine weitere Version jener „Freiheit der Leere“, vor der Hegel (1986, 50) gewarnt hat, formulieren. Dennoch fehlt in der so gefassten konstruktiven Überlegung der Weltinnenpolitik der Nachweis,

an welcher Stelle soziale Kämpfe als die Schrittmacher emanzipatorischen Fortschritts auftreten, um die Reformen in gerade die angestrebte emanzipatorische Richtung zu bewegen. Angesichts des Rekurses auf bestehende Eliten und Institutionen, bleibt der Eindruck, dass die sozialen Kämpfe gegen Vertreibung und Hunger mit dieser Lesart institutionellen Wandels im „Wartesaal der Geschichte“ (Chakrabarty 2010, *passim*) Platz nehmen müssen.

III.

Das Dilemma wird nun überschaubar: Die Überlegungen zur Weltinnenpolitik stellen keine Begriffe bereit, mit denen die Klassenkämpfe der Weltgesellschaft in die Theorie eingeführt werden könnten. Es fehlen Differenzierungen, die über einen allgemeinen Lernfortschritt hinausweisen und etwa soziale Kämpfe der Subalternen gegen die gewaltsame Akkumulation wie im Falle des Landgrabbing begrifflich ausweisen.

Gewiss wollen die Ausführungen zur Weltinnenpolitik eher konstruktive Überlegungen zu möglichen institutionellen Lösungen darstellen und fallen nicht unter den Anspruch, eine Theorie der Weltgesellschaft zu leisten. Doch die Parallele zu Habermas' früherer Rekonstruktion des Historischen Materialismus lässt immerhin erahnen, dass auch die Kritik an diesen konstruktiven Überlegungen von einer Kritik an den gesellschaftstheoretischen Annahmen zehren kann.

Die folgenden Zeilen wollen nun noch einmal den Grund der relativen Abwesenheit des Klassenkampfes in der Weltinnenpolitik in einigen Weichenstellungen von Habermas' Gesellschaftstheorie suchen. Augenscheinlich korrespondiert diese Abwesenheit mit der empirischen Abwesenheit einer revolutionären Rolle des industriellen Proletariats in den Wohlfahrtsstaaten nach dem 2. Weltkrieg, das die für die Kritische Theorie paradigmatische Klassenbewusstseinsthese von Lukács (1968) mit Leben hätte erfüllen können, welche die Auseinandersetzung von Habermas mit dem Historischen Materialismus, nicht anders als die der ersten Generation der kritischen Theorie, prägt (vgl. Brunkhorst 1984).

Ich will, auch unter Inkaufnahme der Gefahr, wesentliche Differenzierungen innerhalb der Habermas'schen Theorieentwicklung zu vernachlässigen, noch einmal an diejenigen Momente erinnern, in denen Habermas die theoretischen Grundlagen gelegt zu haben scheint, mit denen die Klassenlosigkeit der Weltinnenpolitik erklärlich wird. Als wesentlich kommen hier Annahmen über den Spätkapitalismus (a) und (b) eine tiefer angelegte Korrektur der evolutionstheoretischen Grundlagen des Historischen Materialismus in den Blick.

a) Die Abkehr von der Schrittmacherrolle des Proletariats fügt sich in eine Analyse des Spätkapitalismus ein, nach der die Marx'sche Theorie nicht nur die Gestalt der Klassenzusammensetzung und der korrespondierenden Bewusstseinsformen verfehlt. Noch dazu sieht die Theorie des Spätkapitalismus im erfolgreichen Eingreifen des Staates in die ökonomische Reproduktion das Verhältnis von Politik und Ökonomie verändert: Der Staat hat erfolgreich „marktsubstituierende wie marktkompensierende Aufgaben übernommen“ (Habermas 1973, 97). Unter spätkapitalistischen Bedingungen können Krisen als Krisen des politischen Systems verstanden werden, deren veränderte Logik nun aber nicht durch die Marx'sche Werttheorie sondern durch Überlegungen zu Legitimationsproblemen erklärt werden können. Während also die Werttheorie und mit ihr eine am systematisch uneingelösten Versprechen des gleichen Tausches orientierte Ideologiekritik keine analytische Kraft mehr entfalten, kann die emanzipatorische Theorie nun darauf pochen, dass bei der Beschaffung motivationaler Ressourcen, die Politik zwecks Legitimationsgewinn auf das Geben von Gründen angewiesen ist. Für den spätkapitalistischen Staat, der durch seinen Haushalt die ökonomischen Krisen eindämmt, ist nämlich die „*zwingende Grenze* (...) an den verfügbaren Legitimationen zu finden“ (Habermas 1973, 97).

b) Genau dieses im Zuge der Theorie des Spätkapitalismus revidierte Verhältnis von Politik und Wirtschaft scheint auf Habermas' Neufassung der wesentlich abstrakter ansetzenden Begriffe des Historischen Materialismus niederzuschlagen. In dessen Rekonstruktion (Habermas 1976c) geht es Habermas um eine Korrektur der als Theorie der sozialen Evolution gelesenen Marx'schen Grundannahmen über die Konstitutionsbedingungen der Gesellschaft, die in Hinblick auf die Alleinstellung der menschlichen Familienstruktur mit der Annahme geschieht, dass „andere Rationalisierungsprozesse für die Erklärung der sozialen Evolution genauso wichtig oder noch wichtiger sind“ (Habermas 1976c, 168). Dies hat gegenüber der Dialektik von Produktivkraft und Produktionsverhältnis, die Marx entfaltet, die entscheidende Pointe, dass Probleme der Systemerhaltung, die bei Marx durch einen Zuwachs der Produktivkraftentwicklung erklärt sind, in der sozialen Evolution tatsächlich bereits institutionell vorbereitet sein müssen. Die normativen Strukturen gelten Habermas von da an als „Schrittmacher der sozialen Evolution“ (Habermas 1976a, 35).

Auf beiden Ebenen treten die Klassenkämpfe zurück, da

- auf der Ebene der Spätkapitalismusdiagnose der staatlich organisierte Kapitalismus empirisch über ein gut integriertes Proletariat verfügt und die Werttheorie mit ihrer Konzentration auf den Widerspruch von Kapital und Arbeit wegen erfolgreicher Intervention der Politik nicht mehr greift. Strukturelle

Zuweisungen von Klasseninteressen lassen sich nur noch vermittelt über normativ begründbare Legitimationsprobleme ausmachen.

- auf der Ebene der abstrakter gefassten Evolution die durch Produktivkraftentwicklung voran getriebenen Systemprobleme, die zu Klassenkämpfen führen, durch institutionelle Neuerungen vorbereitet und implementiert werden müssen. Die zum Schrittmacher aufgestiegenen normativen Strukturen lassen sich mit Habermas Begriffsapparat aber nur noch so verstehen, „daß kein Bezug zum praktischen Selbstbewusstsein irgendeiner identifizierbaren Gruppe hergestellt wird oder – wie es scheint – hergestellt zu werden braucht“ (McCarthy 1980, 429f.; vgl. Tomberg 2003, 70ff.). Vielmehr geht der Klassenkampf im Modell einer „progressiven Rationalisierung normativer Strukturen (auf, T.P.), der die antagonistischen Formen der Interaktion untergeordnet werden“ (Arnason 1980, 162). Gerade die Darstellung der normativen Strukturen als „Dichotomie von instrumentalem und kommunikativem Handeln reduziert den historischen Bedeutungsgehalt des Klassenkampfes auf die bloßen Hilfsfunktionen der Umsetzung und Beschleunigung: als konflikthafte Gegenstück zur sozialen Integration kann der Klassenkampf allein deren Entwicklungslogik realisieren helfen“ (Arnason 1980, 169).

Nun kann aber keine der beiden Ebenen den Anspruch aufrechterhalten, die soziale Evolution zu fassen. Denn

- die Spätkapitalismusdiagnose, aufgrund der Habermas das Verhältnis von Politik und Ökonomie neu zu bestimmen versuchte, ist wegen politisch nicht beherrschbarer Krisenerfahrungen in der von Habermas anvisierten Form schwer haltbar (vgl. Sablowski 2003, 117ff.). Zudem kann die These vom Verschwinden des Proletariats ohnehin nur vor dem unzureichenden Hintergrund einiger weniger relativ erfolgreicher Wohlfahrtsstaaten plausibel bleiben. Freilich wäre dies kein Befund, den erst die Prozesse hervorbringen, die unter dem Schlagwort Globalisierung beschrieben werden. Habermas hätte von Beginn seiner Rekonstruktion des historischen Materialismus an dem Modell des Spätkapitalismus misstrauen müssen. Dies etwa, wenn er bei aller theoretischer Differenz die Ergebnisse der Weltsystemtheorie in seine Überlegungen einbezogen und die neue internationale Arbeitsteilung (vgl. Fröbel u.a., 1977) als dasjenige Phänomen analysiert hätte, das eine Befriedung des Klassenkonfliktes gerade nicht in Aussicht stellt, sondern vielmehr dessen radikale Entgrenzung bedeutet.⁶

6 Arnason (1986, 290f.) weist daraufhin, dass Habermas zwar die „Dynamik einer antagonistischen Weltgesellschaft“ (Habermas 1976b, 130) zum Forschungspro-

- Schließlich ist Habermas zu eindeutig auf allgemeinen Rechtsfortschritt bezogene Rekonstruktion nicht zuletzt einem methodischem Dilemma geschuldet: Habermas sieht bei Entwürfen des Historischen Materialismus, die den von Marx vorgegebenen Rahmen in differenziertere Beschreibungen der Produktionsweise erweitern, die Gefahr einer Bewegung „der Breite statt in die Tiefe“, die letztlich die „Preisgabe des Konzepts der Gattungsgeschichte – und damit des Historischen Materialismus“ (Habermas 1976b, 168) bedeuten könnten. Sein Vorschlag einer weiteren Generalisierung müsste dann aber, nach einer vorbereitenden Abstraktion, „die abstrakt genug ist, um soziale und geschichtliche Besonderheiten zu umgehen“ (McCarthy 1986, 275), empirisch-geschichtliche Bedingungen der Entwicklung wieder einfügen. Dieses Vorhaben scheint Habermas nun aber nicht anzugehen, da der Blick auf den Spätkapitalismus seine Bemühungen von den Klassenkämpfen abhält (vgl. McCarthy 1980, 436).

Wenn auch die zu sehr pointierte Auslegung der Rekonstruktion des Historischen Materialismus nicht erst mit der postnationalen Konstellation sichtbar wird, bringt doch gerade die auf der Ebene der Weltgesellschaft sich offenbarende Problemlage die Mängel dieses Ansatzes nun unübersehbar hervor. Habermas steht bei dem Entwurf der Weltinnenpolitik also vor einem Dilemma: Entweder muss er seine Version einer „unaufhaltsamen Ironie des weltgeschichtlichen Aufklärungsprozesses“ (Habermas 1981, 232), die recht besehen als Ironie nur unter dem Blickwinkel eines methodologischen Nationalismus (Beck 2003) zu beobachten ist, wesentlich modifizieren, so dass die Lernprozesse wieder enger an die Kämpfe der Subalternen heranrücken. Oder er beschränkt sich weiterhin auf einen abstrakten Kreislauf von Lernprozess und institutioneller Umsetzung, die die oben angeführte Kritik aber zu recht provoziert.

IV.

Étienne Balibar hat unlängst mit Blick auf Habermas' kosmopolitischen Entwurf herausgestellt,

gramm seiner Rekonstruktion zählt, dies aber in seiner Theorie Leerstelle zu bleiben droht und er etwa die Theorie Wallersteins zum Weltsystem als „relevantes Korrektiv“ (ebd. 291) hätte erkennen können.

„that democratic work requires *determinate matter* and not just an ethics and juridical norms, and this sort of *matter* is only given in a *situation*. But the situation cannot be furnished by an institutional or state framework, more or less consecrated by religion, war, law, morality, but [...] can only come from the specific way politics is traversed by conflicts, rent between local cultures (,particularisms‘) and global universalities, old and new, identities and interests“ (Balibar 2005, 173).

Was Balibar hier gegen den Kosmopolitismus der Weltinnenpolitik anführt, scheint den gerade angeführten Einwand noch einmal mit anderen Vorzeichen auszubuchstabieren: Die Weltinnenpolitik, ebenso wie die sie tragende Gesellschaftstheorie sind so angelegt, dass die Situationen in denen Klassenkämpfe hervorbrechen und weltgesellschaftliche Lernprozesse befördern, zugunsten eines linearen Rahmens normativer Strukturen zurücktreten. Gewiss, dieser Rahmen soll die Bedingung der Möglichkeit von Lernprozessen aufzeigen. Aber ohne den Bezug auf eine Dialektik der sozialen Kämpfe droht Habermas’ eigentliche Intention, die darin besteht, den Stimmen der verletzten Vernunft zu Geltung zu verhelfen, Schaden zu nehmen. In den generalisierten Begriffen normativer Strukturen können die Stimmen der Mühseligen und Beladenen nur schwer als Differenz zu allgemeinen Lernfortschritten wahrgenommen werden.

Interessanterweise erinnert Balibars Kritik an eine frühe Bemerkung im von Habermas 1957 angefertigten Literaturbericht zur philosophischen Diskussion des Materialismus. Es gelte, so der frühe Habermas hier, die Idee praktischer Vernunft nicht „als allgemeine Struktur des Bewusstseins“ sondern aus einer „Struktur der geschichtlich-gesellschaftlich Situation“ (Habermas 1971, 433; vgl. McCarthy 1980, 431) zu gewinnen. Gewiss kann heute, nach der unhintergehbaren kommunikativen Wende der Gesellschaftstheorie, der Bezug auf ein allgemeines Bewusstsein ohnehin nicht mehr überzeugen. Aber die Stoßrichtung scheint die gleiche: Die Erinnerung an die Dialektik von Klassenkämpfen und normativen Strukturen würde diese Strukturen als von Brüchen durchzogen denken müssen. In der Weltgesellschaft zeigen sich diese Brüche etwa in jenen fragmentierten Formen, mit denen die subalternen Kämpfe auf die ungleiche Geografie des Kapitalismus reagieren.

Und doch bleibt diese Kritik unvollständig: Denn was im Vorigen an den vom Widerspruch des Kapitalismus faszinierten Theorien als Mangel erschien, nämlich die fehlende Vermittlung von Sozial- und Systemintegration, kann in den terms eines durch Habermas rekonstruierten Historischen Materialismus nach wie vor besser verstanden werden. So ließe sich der Eigensinn der Kämpfe der Subalternen auch deskriptiv wahrnehmen und zudem das Interesse des Pro-

tests auf begründbare Verallgemeinerung hin betrachten, die durch strukturell angebbare Lagen von Klassen nicht hinreichend geklärt ist.

„Sofern Normen nicht verallgemeinerungsfähige Interessen regeln, beruhen sie auf Gewalt“, notiert Habermas (1973, 153). Der Protest der Subalternen gegen die greifbar gewordene Gewalt von Vertreibung und Landgrabbing gibt eine Ahnung der dramatischen Zuspitzung kosmopolitischer Verallgemeinerungsnotwendigkeit.

LITERATUR

- Anghie, Antony 2005: *Imperialism, Sovereignty and the Making of International Law*, Cambridge.
- Arnason, Jóhann P. 1980: Marx und Habermas, in: Honneth, Axel/Jaeggi, Urs (Hg.), *Arbeit, Handlung, Normativität. Theorie des Historischen Materialismus 2*, Frankfurt a. M., 137-184.
- Arnason, Jóhann P. 1986: Die Moderne als Projekt und Spannungsfeld, in: Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.), *Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“*, Frankfurt a. M., 278-326.
- Balibar, Étienne 2001: Gewalt, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.), *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5 : *Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat*, Hamburg, 693-696/1270-1308.
- Balibar, Étienne 2004: *Difficult Europe: Democracy under Construction*, in: Ders. *We the people of Europe? Reflections on transnational citizenship*, Princeton, 155-179
- Bello, Walden 2010: *Politik des Hungers*, Berlin.
- Benhabib, Seyla 1986: Normative Voraussetzungen von Marx' Methode der Kritik, in: Angehrn, Emil/Lohmann, Georg (Hg.), *Ethik und Marx. Moralkritik und normative Grundlagen der Marxschen Theorie*, Königstein/Ts., 83-101
- Beck, Ulrich 2003: Das Meta-Machtspiel der Weltpolitik. Kritik des methodologischen Nationalismus“, in: Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.), *Der Begriff des Politischen*, Baden-Baden, 45-70.
- Brunkhorst, Hauke 1983: Paradigmenkern und Theoriedynamik der Kritischen Theorie der Gesellschaft, in: *Soziale Welt*, Heft 1, 22-56.
- Chakrabarty, Dipesh 2010: *Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*, Frankfurt/New York.
- Fritz, Thomas 2009: *Peak Soil. Die globale Jagd nach Land*, Berlin.

- Fröbel, Volker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto 1977: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Hamburg.
- Habermas, Jürgen 1971a: Einige Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln, in: ders., Theorie und Praxis, Frankfurt a.M., 9-47.
- Habermas, Jürgen 1971b: Literaturbericht zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus (1957), in: ders., Theorie und Praxis, Frankfurt a.M., 387-463.
- Habermas, Jürgen 1976a: Einleitung: Historischer Materialismus und die Entwicklung normativer Strukturen, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt a.M., 9-48.
- Habermas, Jürgen 1976b: Zum Theorienvergleich in der Soziologie: am Beispiel der Theorie der sozialen Evolutionstheorie, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt a.M., 129-143
- Habermas, Jürgen 1976c: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt a.M., 144-199.
- Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 2, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen 1998a: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: ders., Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a.M., 91-169.
- Habermas, Jürgen 1998b: Zur Legitimation durch Menschenrechte, in: ders., Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, Frankfurt a.M., 170-192.
- Habermas, Jürgen 1999: Bestialität und Humanität, in: Lutz, Dieter S. (Hg), Der Kosovo Krieg. Rechtliche und rechtsethische Aspekte, Baden-Baden, 217-226.
- Habermas, Jürgen 2001: Braucht Europa eine Verfassung?, in: ders., Zeit der Übergänge, Frankfurt a. M., 104-129.
- Habermas, Jürgen. 2004: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?, in: ders., Der gesplittene Westen, Frankfurt a.M., 113-193.
- Habermas, Jürgen 2005: Eine politische Verfassung für die pluralistische Weltgesellschaft?, in: ders., Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze, Frankfurt a.M., 324-365.
- Habermas, Jürgen 2011a: Die Krise der Europäischen Union im Lichte einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts – Ein Essay zur Verfassung Europas, in: ders., Zur Verfassung Europas, Berlin, 39-96.

- Habermas, Jürgen 2011b: Nach dem Bankrott: Ein Interview, in: ders., Zur Verfassung Europas, Berlin, 99-111.
- Harvey, David 2001: Globalization and the spatial fix, in: geographische revue 2/2001, 23-30.
- Harvey, David 2005: Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Harvey, David 2006: The Limits to Capital. New and fully updated Edition, London/New York.
- Hegel, G.W.F. 1986: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Werke 7, Frankfurt a.M.
- Hoering, Uwe 2007: Agrar-Kolonialismus in Afrika, Hamburg.
- Human Rights Watch 2012: Äthiopien: Hunger und Not durch Zwangsumsiedlung, abrufbar unter: <http://www.hrw.org/de/news/2012/01/16/thiopien-hunger-und-not-durch-zwangsumsiedlung> (Stand: 5.8.2012)
- Liberti, Stefano 2012: Landraub. Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus, Berlin.
- van der Linden, Marcel/Roth, Karl Heinz 2009 (Hg.): Über Marx hinaus, Hamburg.
- Lukács, Georg 1968: Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats, in: ders., Werke Bd. 2: Frühschriften II, Neuwied und Berlin, 257-397.
- Luxemburg, Rosa 1990, Die Akkumulation des Kapitals, Gesammelte Werke: Bd. 5 Ökonomische Schriften (4.Aufl.), Berlin.
- Marx, Karl 1972a: „Die britische Herrschaft in Indien“, in: MEW 9, Berlin, 127-133
- Marx Karl 1972b: „Die künftigen Ergebnisse der Herrschaft in Indien“, in: MEW 9., Berlin, 222-226.
- Marx, Karl 1984: Das Kapital. Erster Band, MEW 23, Berlin.
- McCarthy, Thomas 1980: Kritik der Verständigungsverhältnisse. Zur Theorie von Jürgen Habermas, Frankfurt a.M.
- Mezzadra, Sandro 2011a, The Topicality of Prehistory: A New Reading of Marx's Analysis of ‚So-called Primitive Accumulation‘, in: Rethinking Marxism, Vol. 23, Nr.3.
- Mezzadra, Sandro 2011b, How many histories of labor? Towards a theory of postcolonial capitalism, in: Postcolonial Studies, V14, 2, 151-170.
- Moyo, Sam/Yeros, Paris 2005: The Resurgence of Rural Movements under Neoliberalism, in: ders./ders. (Hg.), Reclaiming the Land. The Resurgence of Rural Movements in Africa, Asia and Latin America, London/New York 8-64.

- Offe, Claus 1979: Unregierbarkeit: Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: Habermas, Jürgen (Hg.), Stichworte zur geistigen Situation der Zeit, Bd. 1, Frankfurt a.M., 294-318.
- Pearce, Fred 2012: Landgrabbing. Der globale Kampf um Grund und Boden, München.
- Prien, Thore 2010: Landgrabbing – Symptom einer postneoliberalen Rechtsordnung?, in: *juridikum. Zeitschrift für kritik/recht/gesellschaft*, Nr.4, 425-435.
- Sablowski, Thomas 2003: Entwicklungstendenzen und Krisen des Kapitalismus, in: Demirovic, Alex (Hg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*, Stuttgart/Weimar, 101-130.
- Tomberg, Friedrich 2003: Habermas und der Marxismus. Zur Aktualität einer Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Würzburg.
- Wielenga, Bastiaan 2004: Indische Frage, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.), *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6, Hamburg, 903-918.

